

Ihr Lieben,

hier nach längerer Sommerpause der neue Newsletter September 2017, der sich mit den folgenden Themen befasst. Alle bisherigen JIK-Newsletter ab November 2016 könnt ihr nun auch im Newsletter-Archiv nachlesen.

- 1. Vorbereitungsfahrt nach Moskau und Sankt Petersburg**
- 2. Anmeldung für Moskaufahrt spätestens ab 1.10. möglich**
- 3. Noch genügend Plätze frei bei Romfahrt**
- 4. Israel-/Jordanienfahrt im Oktober und Anmeldung für 2018**
- 5. Mitgliederversammlung am 30.11. mit personellen Veränderungen**
- 6. Kinder- und Menschenrechte als Grundlage der Politik**

7. Neues / Altes aus Israel-Palästina

- 7.1. Hamas geht nach jahrelangem Konflikt auf Fatah zu**
- 7.2. „Die Palästinenser wollen die Versöhnung“**
- 7.3. „Ich wollte doch nur ein Zuhause haben“**
- 7.4. „Fanatiker“ schänden Stephanskirche von Beit Jimal in Israel**
- 7.5. Was Besatzung heißt**
- 7.6. Der Siedlungsbau gefährdet Israel**
- 7.7. Sara Netanyahu droht Prozess wegen Veruntreuung**
- 7.8. Wehrpflicht in Israel - Mit Schläfenlocke und Gewehr**

1. Vorbereitungsfahrt nach Moskau und Sankt Petersburg

Vom 17.-26.8.17 war eine 5-köpfige Gruppe aus unserem Verein in Moskau und St. Petersburg, um eine entsprechende Jugendbegegnung im Mai 2018 vorzubereiten. Wir haben mehrere Kultur- und Jugendorganisationen getroffen, mit den wir die verschiedenen Workshops (Kreativ-Projekte in den Bereichen Musik, Theater, Tanz, Videoproduktion) während der Jugendbegegnung im Mai 2018 besprochen haben.

Dank unserer 2 Russinnen Olga und Tatiana hatten wir keinerlei Verständigungsschwierigkeiten und erlebten ein tolles Programm mit vielen kulturellen und touristischen Highlights in beiden Städten (siehe Programm auf unserer Webseite), wobei wir in Moskau – im Gegensatz zum regnerischen St. Petersburg - fast nur Sonnenschein und Temperaturen über 30 Grad hatten. Mit den gebuchten Quartieren waren wir weniger zufrieden, so dass wir für die kommende Fahrt viel bessere ausgesucht haben. Obwohl sich die meisten von uns nicht kannten, gab es keinerlei Probleme untereinander während der Fahrt. Die sehr harmonischen Beziehungen zwischen den TN haben sicherlich sehr viel zum Erfolg dieser Vorbereitungsfahrt beigetragen.

Insgesamt war diese Fahrt sehr erfolgreich und absolut notwendig, da wir jetzt sehr genau wissen, was wir beim nächsten Mal alles ändern werden (Transportmittel, Restaurants, Zeitplanung etc.) damit das Programm bei der nächsten Fahrt ganz reibungslos abläuft.

Hier einige Bilder von dieser wundervollen Fahrt

Park des Peterhofs in St. Petersburg

Folkloreveranstaltung in St. Petersburg

Basilius-Kathedrale in Moskau

Erlöser-Kathedrale in Moskau

Künstlerviertel Arbat in Moskau

Kaufhaus GUM in Moskau

Bolschoi-Theater in Moskau

Russischer Staatszirkus in Moskau

„Der kleine Prinz“. Jugendtheater in Moskau

2. Anmeldung für Fahrt nach St. Petersburg und Moskau ab 1.10.17

Infolge der sehr erfolgreichen Vorbereitungsfahrt, auf der u.a. auch mit den verschiedenen Kultur- und Jugendorganisationen unsere dortige Jugendbegegnung im Mai 2018 sowie ein möglicher Gegenbesuch für 2019 besprochen wurde, werden jetzt Zuschüsse für diese Fahrt beantragt, so dass eine Anmeldung hierfür spätestens ab 1. Oktober möglich ist. Wir werden darauf achten, dass ca. die **Hälfte der TN russischsprachig** ist, und zudem **JIK-Mitglieder vorrangig bei der Anmeldung berücksichtigen**. Da die Höchstzahl der TN auf 14 inkl. Begleitpersonen festgelegt ist, und jetzt schon eine große Nachfrage herrscht, ist Eile geboten. Am besten gleich Beitrittserklärung für JIK mit der Anmeldung zumailen, wobei man dann sogar noch 80 € an Fahrtkosten spart.

3. Noch genügend Plätze frei bei Romfahrt

Vom 14.-21.7.18 findet eine 8-tägige Fahrt nach Rom und Umgebung statt. Neben mehrtätigen Projekten mit einer römischen Jugendgruppe absolvieren wir auch ein umfangreiches Kultur- und Besichtigungsprogramm (siehe Programm auf unserer Webseite). Im Unterschied zu den anderen Fahrten wechseln wir hier nicht das Quartier, sondern sind während der Fahrt in Bungalows einem großen Campingplatz direkt am Mittelmeer untergebracht, so dass wir jeden Tag nach dem Programm im dann (Mitte Juli !) ca. 25 Grad sehr warmen Mittelmeer bei sonnigen Außentemperaturen von über 30 Grad bis ca. 21 Uhr baden können.

Auch hier empfiehlt sich eine baldige Anmeldung und eine JIK-Mitgliedschaft, die sehr viele Vorteile wie Preisermäßigung von 80 € je Fahrt und vorrangige Berücksichtigung bei der Anmeldung bietet. Hier nun einige Impressionen von der letzten Romfahrt:

Mittelmeerstrand beim Campingplatz

Besuch bei römischer Jugendgruppe

Auf dem Campingplatz bei Rom

Papstaudienz auf dem Petersplatz

Kolosseum in Rom

4. Israel-/Jordanienfahrt im Oktober und Anmeldung für 2018

Vom 20.10. – 5.11.17 findet die nächste – seit April ausgebuchte – unvergleichliche Israel-/Palästina-Jordanien-Fahrt statt. Neben mehrtägigen Jugendbegegnungen in beiden Ländern und Begegnungen mit hochinteressanten Gesprächspartner/-innen absolvieren wir ein umfangreiches Kultur- und Besichtigungsprogramm mit einmaligen Höhepunkten (siehe ausführliches Programm auf unserer Webseite).

Das Anmeldeverfahren für 2018 läuft bereits. Obwohl noch genügend Plätze frei sind, ist eine baldige Anmeldung sehr empfehlenswert, damit ihr nicht bis 2019 auf die Teilnahme warten müsst. Am besten gleich Beitrittserklärung für JIK mit der Anmeldung zumailen, wobei man dann sogar noch 80 € an Fahrtkosten spart. Hier wieder einige Impressionen von der letzten, traumhaften Begegnungsfahrt:

10 km Mittelmeerstrand in Tel Aviv

Felsendom auf dem Tempelberg in Jerusalem

Schule im Flüchtlingslager in Ramallah

Projekt in der Schule in Bethlehem

SOS-Kinderdorf in Aqaba, Jordanien

Petra, Siq in Jordanien

Petra by night (vor dem „Schatzhaus“)

Ballonfahrt im Wadi Rum, Jordanien

Kamelritt im Wadi Rum, Jordanien

Wanderung im Wadi Rum, Jordanien

5. MV am 30.11. mit personellen Veränderungen

Am Donnerstag, 30. November um 19.30 Uhr findet unsere diesjährige Mitgliederversammlung statt, und zwar wieder in den Räumen der Jugendkirche in Leverkusen-Opladen, Kölner Str. 42. Ich bitte die jetzigen und künftigen Mitglieder, sich diesen Termin schon einmal vorzumerken.

Wir tagen bevorzugt in Leverkusen, da dort die Mehrzahl unserer Mitglieder wohnt. Da es wohl aus privaten Gründen von Vorstandsmitgliedern zu einigen personellen Veränderungen kommen wird, würden wir uns sehr freuen, wenn gerade die neuen und jüngeren Mitglieder bereit wären, ein frei werdendes Amt zu übernehmen.

Zudem werden auf der MV das Fahrtenprogramm der kommenden Jahre sowie die weiteren Aktivitäten von JIK gerade im kreativen Bereich diskutiert und festgelegt, so dass Sie als Mitglied auch die Chance haben, eigene Vorschläge einzubringen und an deren Verwirklichung mitzuarbeiten.

Wir freuen uns schon sehr auf Ihre Teilnahme und Anregungen!

6. Kinder- und Menschenrechte als Grundlage der Politik

NRW-Flüchtlingsheim (Foto: dpa)

Die Rechte von Kindern in Deutschland und weltweit verwirklichen – alle Parteien finden das gut und wichtig. Doch oft gilt dieses Bekenntnis nur, solange sich damit möglichst wenig konkreter Handlungsbedarf verbindet oder gar andere, vermeintlich übergeordnete politische Interessen nicht berührt werden. Sonst wäre nicht zu erklären, warum Kinderrechte nicht nur in vielen armen Ländern, sondern auch im wohlhabenden und derzeit wirtschaftlich boomenden Deutschland nicht für alle Kinder verwirklicht sind.

Die in der UN-Kinderrechtskonvention geforderte Gleichstellung aller Kinder unabhängig von ihrer Herkunft zum Beispiel gilt nicht für Flüchtlingskinder. Ihnen steht weder die gleiche ärztliche Versorgung noch der gleiche Zugang zu Bildung zur Verfügung wie deutschen Kindern. Deutsche Politik hat zudem erhebliche Auswirkungen auf Kinder in anderen Ländern.

Manche politische Entscheidung straft anderslautende öffentliche Beteuerungen Lügen, wenn einerseits die „Bekämpfung von Fluchtursachen“ als entwicklungspolitische Priorität der Regierung betont wird, andererseits aber deutsche Unternehmen mit Genehmigung der Bundesregierung Waffen exportieren – auch in Krisenregionen wie den Nahen Osten, wo sie Konflikte anheizen und Fluchtbewegungen auslösen. Alle 14 Minuten stirbt irgendwo auf der Welt ein Mensch allein durch Waffen des deutschen Herstellers Heckler & Koch.

Was können und wollen die zur Wahl stehenden Parteien tun, um in der nächsten Legislaturperiode mehr für Kinder zu erreichen? Terre des hommes hat CDU/CSU, SPD, Grünen, Linken, FDP und AfD 21 Fragen zu wichtigen kinderrechtlichen Anliegen in der nationalen und internationalen Politik Deutschlands gestellt. Bis auf die Parteizentrale der AfD haben alle geantwortet.

Alle Parteien sehen Kinder- und Menschenrechte als Grundlage der Politik in Deutschland und der EU. Für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz wollen sich, SPD, Grüne, Linke und erstmals auch CDU/CSU einsetzen. Die FDP bezeichnet dieses Anliegen als Symbolpolitik.

Wenn es allerdings konkret wird, ändert sich das Bild: Bei der Verbesserung der Situation von Flüchtlingskindern in Deutschland sehen die jetzigen Regierungsparteien und die FDP wenig Handlungsbedarf. Anders Grüne und Linke, die das Asylbewerberleistungsgesetz als diskriminierend bezeichnen und dessen Abschaffung fordern sowie die Kinder- und Jugendhilfe grundsätzlich und für alle Kinder stärken wollen. Die FDP wiederum will am Asylbewerberleistungsgesetz festhalten, aber die psychotherapeutische Versorgung von Flüchtlingskindern verbessern. Die SPD will es „weiterentwickeln“, die Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder stärken und Städte und Gemeinden finanziell entlasten.

Bundestagswahl

Zur Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige gehen die Haltungen der Parteien weit auseinander. Vor allem Grüne und Linke setzen sich dafür ein, sie zurückzunehmen, die CDU spricht sich explizit für die Aussetzung aus und hat bereits angekündigt, sie über März 2018 hinaus weiter zu verlängern. Da davon auszugehen ist, dass die CDU weiterhin regieren wird, steht zu befürchten, dass dieser offensichtliche Verstoß gegen das Kindeswohl längerfristig Bestand haben wird.

Zur Forderung von Terre des hommes nach einem gesetzlichen Verbot aller Exporte von Kleinwaffen, Munition und Produktionslizenzen erkennen alle Parteien die Problematik, ziehen allerdings sehr unterschiedliche Schlussfolgerungen. Sie reichen von der Forderung nach einem Totalverbot aller Rüstungsexporte auch in Nato-Staaten (so die Linke) bis zur vorsichtigen „Bekämpfung illegaler

Waffenströme" (CDU) oder besserer Transparenz und parlamentarischer Beteiligung bei der Genehmigung von Exporten (FDP).

Die SPD bescheinigt sich selbst eine restriktive Rüstungsexportpolitik – eine kühne Feststellung, die sich zumindest im Bereich des Exports von Kleinwaffen im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für 2016 nicht widerspiegelt.

Die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz

Es wird sich zeigen, wie viel von diesen Versprechungen und Ankündigungen nach der Wahl angegangen oder eben als Dispositionsmasse bei Koalitionsverhandlungen geopfert wird. Kleine Schritte zur Verbesserung der Lage von Kindern sind unter einer neuen Regierung denkbar, aber keinesfalls ein Selbstgänger.

Das fängt schon bei der Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz an, für die ein breiter Konsens zu bestehen scheint. Denn sie ist kein rein formaler Akt, sondern damit verbindet sich der Auftrag, deutsche Gesetze und Verordnungen auf ihre Übereinstimmung mit der UN-Kinderrechtskonvention zu überprüfen und anzupassen. (Aus: FR v. 24.9.17, von Jörg Angerstein Terre des hommes Deutschland)

7. Altes / Neues aus Israel-Palästina

7.1. Hamas geht nach jahrelangem Konflikt auf Fatah zu

Die [Hamas](#) hat sich bereit erklärt, die Verwaltung des Gazastreifens abzugeben. Die radikal-islamische Palästinenser-Organisation teilte mit, sie lade die Regierung des Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas ein, "in den Gazastreifen zu kommen und ihre Aufgaben sofort zu übernehmen". Die rivalisierende Fatah von Abbas reagierte vorsichtig auf das Versöhnungsangebot.

[Fatah](#) und Hamas liefern sich seit Jahren einen blutigen Bruderkrieg. Bisher sind alle Versöhnungsversuche gescheitert. Die Hamas hatte 2007 gewaltsam die alleinige Macht im Gazastreifen an sich gerissen und die Fatah vertrieben. Seitdem herrscht die Fatah nur im Westjordanland, die Hamas im Gazastreifen, wo etwa zwei Millionen Menschen leben.

In der Erklärung akzeptierte die Hamas einige Kernforderungen, die Abbas zur Bedingung für eine Versöhnung gemacht hatte. Die Organisation willigte ein, ihr Verwaltungskomitee für den Gazastreifen aufzulösen. Außerdem stimme sie allgemeinen Wahlen zu.

Der Schritt sei Ergebnis "großzügiger Bemühungen von Ägypten, eine palästinensische Versöhnung herbeizuführen", hieß es in der Mitteilung. Hamas-Chef Ismail Haniya hielt sich zuletzt eine Woche lang mit einem Team zu Gesprächen in Kairo auf. Eine Fatah-Delegation kam vor zwei Tagen in der ägyptischen Hauptstadt an, um Verhandlungen zu führen.

Die Fatah begrüßt den Schritt, bleibt aber vorsichtig

Mahmud al-Alul, Mitglied des Fatah-Zentralkomitees und Vize von Abbas, sprach im palästinensischen Rundfunk von „guten Nachrichten“. Er blieb jedoch skeptisch, ob dies wirklich zu einer umfassenden Versöhnung führen wird. „Es ist gut, dass die Hamas die Auflösung des Verwaltungskomitees (im Gazastreifen) erklärt hat sowie die Bereitschaft, die Kontrolle an die palästinensische Regierung zu übergeben“, sagte Al-Alul. „Aber wir müssen abwarten und sehen, wie viele Bedingungen der vorherigen Abkommen wir umsetzen können.“

Die Hamas propagiert weiter den bewaffneten Widerstand gegen [Israel](#) und den Anspruch auf das gesamte historische Palästina. USA, EU und Israel stufen sie als Terrororganisation ein. Israel hat eine Blockade über den Gazastreifen verhängt, die von Ägypten mitgetragen wird. Innerhalb des letzten Jahrzehnts haben Israel und die Hamas drei Kriege gegeneinander geführt, die schwere Zerstörungen in dem Küstengebiet hinterlassen haben.

"Dramatische humanitäre Situation" im Gazastreifen

Seit 2006 gab es in den Palästinensergebieten keine Parlamentswahlen mehr. Die Hamas hatte damals die Mehrheit gewonnen. 2014 bildeten die beiden größten Palästinenser-Organisationen eine Einheitsregierung und kündigten allgemeine Wahlen an. Wie viele andere zuvor scheiterte jedoch auch diese Initiative. Zuletzt hatte die Fatah den Druck auf die Hamas erhöht. Auf Wunsch von Abbas rationierte Israel etwa die Stromlieferungen in den Gazastreifen. Auch die Gehälter Tausender öffentlicher Angestellter im Gazastreifen wurden gekürzt.

Die Einwohner hatten in den vergangenen Monaten nur wenige Stunden am Tag Strom zur Verfügung. UN-Generalsekretär António Guterres sprach Ende August bei einem Besuch in dem Küstenstreifen von „einer der dramatischsten humanitären Krisen“, die er je gesehen habe.

Der UN-Nahostgesandte Nickolay Mladenov begrüßte den Schritt der Hamas am Sonntag und dankte Ägypten für den positiven Impuls. "Alle Beteiligten müssen die Gelegenheit ergreifen, ein neues Kapitel für das palästinensische Volk aufzuschlagen", [schrieb Mladenov auf Twitter](#). Er hoffe, dass sich die humanitäre Situation im Gazastreifen nun verbessere. (Aus: SZ.de vom 17.9.2017)

7.2. „Die Palästinenser wollen die Versöhnung“

Die Hamas hat der rivalisierenden Fatah angeboten, die Macht im Gazastreifen abzugeben. Im Gespräch mit Uta Steinwehr bewertet die Büroleiterin der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah, Bettina Marx, das Angebot verhalten optimistisch.

Die Fatah und die Hamas sind in den vergangenen zehn Jahren wiederholt daran gescheitert, untereinander Frieden zu schließen. Wie sieht die Perspektive dieses Mal aus?

Bettina Marx: Das ist wirklich schwer zu sagen. Die Palästinenser im Gazastreifen und auch hier im Westjordanland sind sehr skeptisch. Die meisten glauben, es wird wieder nichts. Ich selbst bin ein bisschen optimistischer, denn die Hamas hat sich in eine Sackgasse manövriert. Mahmud Abbas, der Präsident der Autonomiebehörde (im Westjordanland und Vorsitzender der Fatah, Anm. d. Red.), hat auf die Hamas im Gazastreifen in den letzten Monaten sehr heftigen Druck ausgeübt und ihnen im wahrsten Sinne des Wortes den Strom und das Wasser abgedreht. Ich habe den Eindruck, dass zumindest die Menschen im Gazastreifen wirklich erschöpft sind. Irgendetwas muss passieren und deswegen bin ich ein bisschen optimistisch.

Auf den ersten Blick wirkt es so, als wenn die Hamas mit ihrem Angebot nur Zugeständnisse macht und keine eigenen Forderungen stellt. Sie scheint sehr stark unter Druck zu stehen. Hat die Hamas noch die Unterstützung der Bevölkerung in Gaza?

Marx: Es gibt Umfragen, die sagen, die Hamas würde wieder die Wahl gewinnen, wenn gewählt würde und es gibt Umfragen, die genau das Gegenteil sagen. Es ist sehr schwer, dazu klare Aussagen zu bekommen. Im Gazastreifen herrscht keine Meinungsfreiheit. Meine Einschätzung, auch aus persönlichen Gesprächen, ist, dass die Hamas sehr stark kritisiert wird, weil sie in den letzten Jahren sehr viel Korruption ausgebildet hat und weil es denjenigen, die in dem Hamas-System an der Macht sind, vergleichsweise gut geht, während es den zwei Millionen Menschen immer schlechter geht. Die Leute, die vorher kleine Firmen oder mittelständische Unternehmen hatten, mussten diese zumachen. Jetzt sitzt überall die Hamas an den Hebeln. Darüber sind die Menschen empört. Insofern habe ich wirklich Zweifel, dass die Hamas im Gazastreifen noch die Unterstützung hat.

Ganz anders sieht es im Westjordanland aus. Hier steht die Autonomiebehörde unter Druck. Ihr wird von der Bevölkerung Korruption vorgeworfen. Ihr wird außerdem vorgehalten, dass sie immer autoritärer herrscht, die Meinungs- und Bewegungsfreiheit unterdrückt und zu Lasten der Palästinenser im Sicherheitsbereich mit Israel kooperiert. Es ist durchaus möglich, dass im Westjordanland die Zustimmung zur Hamas bei Wahlen wesentlich höher ausfallen würde.

Die Hamas hat in ihrem Versöhnungsangebot einer gemeinsamen Wahl zugestimmt. Spekuliert sie darauf, dass sie durch eine Wahl mehr Legitimation für ihren Machtanspruch bekommt?

Marx: Das ist bestimmt ein Grund. Allerdings bin ich skeptisch, ob Wahlen überhaupt stattfinden können. Da wird die Rechnung ohne den Wirt gemacht, und der Wirt ist hier Israel. Israel hat überhaupt

kein Interesse daran, dass die Hamas im Westjordanland an die Macht kommt. Wenn sich im Vorlauf zu einer solchen Wahl herausstellen sollte, dass die Hamas eine große Zustimmung hat, dann werden diese Wahlen nicht stattfinden. Das wird Israel auf jeden Fall verhindern. Zwar müssten Wahlen stattfinden, da beide Palästinenser-Regierungen keinerlei Legitimation mehr haben. Aber praktisch sehe ich das in absehbarer Zeit nicht.

Die Hamas gilt in Israel als Terrororganisation. Wie wurde ihre Ankündigung in Israel aufgefasst?

Marx: Es wurde mit sehr großer Skepsis und ein bisschen Unruhe aufgenommen. Es kann der israelischen Regierung nicht behagen, denn sie strebt das Gegenteil an: Die israelische Regierung möchte nicht, dass sich die Palästinenser einigen und versöhnen. Wann immer es ernstzunehmende Bestrebungen gab, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden und die Spaltung zu überwinden, hat Israel dazwischengefunkt und dafür gesorgt, dass das nicht zustande kommt.

Es ist deutlich, dass Israel einen ganz anderen Weg geht. Man möchte die Spaltung eher zementieren, als sie überwinden. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat erklärt, dass er überhaupt nicht daran denkt, [die Siedlungspolitik im Westjordanland zu stoppen](#) oder die Siedlungen zu räumen. Den Gazastreifen dagegen möchte Israel gerne loswerden. Man versucht ihn, in die Verantwortung von Ägypten abzuschieben. Israel wird alles tun, um eine Versöhnung zwischen den beiden Lagern zu verhindern.

Eine wichtige Person in dem gesamten Prozess ist Palästinenserpräsident Mahmud Abbas. Zum Zeitpunkt des Angebots der Hamas befand er sich in den USA bei den Vereinten Nationen, wo er auch mit US-Präsident Donald Trump gesprochen hat. Wie in Israel gilt die Hamas in den USA als Terrororganisation. Der Palästinenserpräsident hat mit Israel teils zusammengearbeitet: Auf Abbas' Bitte hat [Israel die Stromlieferungen in den Gazastreifen eingeschränkt](#). Zwar hat Abbas in einer Stellungnahme den Schritt der Hamas begrüßt, aber kann er sich vor diesem Hintergrund Verhandlungen mit der Hamas momentan überhaupt erlauben?

Signal für ein Ende des Bruderkriegs zwischen Fatah und Hamas und eine Überwindung der Spaltung: Die Hamas hatte sich vor kurzem bereit erklärt, zehn Jahre nach der Machtübernahme die Verwaltung im Gazastreifen abzugeben und allgemeine Wahlen zuzulassen. Die rivalisierende Fatah sprach von einem positiven Zeichen. Bisher waren alle Versöhnungsversuche gescheitert. Die Hamas hatte 2007 gewaltsam die Kontrolle im Gazastreifen übernommen. Die gemäßigte Fatah kontrolliert seitdem nur noch das Westjordanland und die Palästinensische Autonomiebehörde, die vom Westen unterstützt wird.

Marx: Das ist genau die Krux. Abbas ist durch die Ankündigung der Hamas in eine sehr schwierige Situation gekommen. Gerade jetzt, während er in den USA ist, kann er das überhaupt nicht gebrauchen. Es gibt nur ganz vorsichtige Stellungnahmen aus seinem Umfeld in Ramallah. Ich gehe nicht davon aus, dass er sich jetzt dazu weitergehend äußern wird. Das könnte ihm aus den Gründen, die Sie genannt haben, auf die Füße fallen. Die Amerikaner oder Israelis könnten sagen, er sei bereit, mit Terroristen zu verhandeln und sei dadurch überhaupt kein Partner.

Auf der anderen Seite steht Abbas erheblich unter Druck. Die palästinensische Öffentlichkeit will diese Versöhnung. Es wird immer wieder von ihm verlangt, dass er für ein Ende dieser Spaltung sorgt. Die Schritte, die er gegen die Hamas im Gazastreifen unternommen hat, wie die eingeschränkten Stromlieferungen und die Kürzungen der Gehälter für öffentliche Beamte, sind in der Öffentlichkeit sehr schlecht angekommen - nicht nur bei denen, die davon betroffen sind. Die Menschen sagen, diese Schritte führen dazu, dass die Spaltung weiter vertieft wird.

Die Spaltung von Fatah und Hamas beruht auch auf grundlegend verschiedenen Einstellungen: Die radikal-islamische Hamas setzt auf den bewaffneten Widerstand gegen Israel und erhebt einen Anspruch auf das gesamte historische Palästina. Die Fatah dagegen will Friedensverhandlungen mit Israel und eine Zweistaatenlösung. Wie kann auf dieser Basis eine Versöhnung funktionieren?

Marktszene in Ramallah (Foto dpa)

(Ökonomischer und politischer Notstand: "Die Menschen im Gazastreifen möchten wieder Bewegungsfreiheit genießen. Sie sind seit zehn Jahren komplett eingesperrt und kommen nicht raus. Selbst für Kranke ist es ausgesprochen schwierig, eine Genehmigung zu bekommen, um für eine Behandlung den Gazastreifen zu verlassen. Die Menschen möchten eine Zukunft für ihre Kinder haben. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 60 Prozent, die Armutsrate bei über 80 Prozent. Das sind Fakten, unter denen auch der Zuspruch zur Hamas leidet", so Bettina Marx.)

Marx: So grundlegend verschieden sind die Einstellungen inzwischen nicht mehr. Es gibt auch in der Hamas einen pragmatischen Flügel, der eher dazu bereit ist, mit der Fatah zu kooperieren und die eigenen Ansprüche zurückzustellen. Die Hamas hat ein Papier veröffentlicht, indem sie sich bereit erklärt, [einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 zu akzeptieren](#). (Die Grenzen vor dem Ausbruch des Sechstagekrieges, Anm. d. Red.)

Auch die Hamas steht unter dem Druck der eigenen Bevölkerung. Die Menschen im Gazastreifen möchten wieder Bewegungsfreiheit genießen. Sie sind seit zehn Jahren komplett eingesperrt und kommen nicht raus. Selbst für Kranke ist es ausgesprochen schwierig, eine Genehmigung zu bekommen, um für eine Behandlung den Gazastreifen zu verlassen. Die Menschen möchten eine Zukunft für ihre Kinder haben. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 60 Prozent, die Armutsrate bei über 80 Prozent. Das sind Fakten, unter denen auch der Zuspruch zur Hamas leidet. Die Hamas wird sich bewegen müssen und das sehe ich schon.

Was sind bei dem Versöhnungsversuch die größten Knackpunkte, an denen er scheitern könnte?

Marx: Es kann am besagten internationalen und israelischen Druck scheitern, weil es nicht gewünscht ist, dass die Fatah und die Hamas zu einer Einigung kommen. Es gibt aber auch eine Menge hausgemachter Probleme: Was soll mit den bewaffneten Kräften passieren? Das ist völlig unklar. Wir haben im Gazastreifen nicht nur die bewaffneten Kräfte der Hamas, sondern auch kleinere Organisationen und Splittergruppen. Die Autonomiebehörde in Ramallah hat immer gesagt, nur die Regierung kann die Oberherrschaft über die Sicherheitskräfte haben, es kann keine Milizen geben. Integriert man die Milizen in die Sicherheitskräfte? Werden sie entwaffnet? Das alles müsste verhandelt werden.

Es kann noch an einem weiteren Punkt scheitern: Inzwischen hat die Hamas im Gazastreifen eine Führungsschicht herausgebildet, die von der Situation profitiert und der es einigermaßen gut geht. Ob diese Menschen bereit sind, ohne Auseinandersetzungen auf ihre Privilegien zu verzichten, das ist fraglich. Auf diesem Weg gibt es massenhaft Fallstricke - vielleicht sollte ich meinen Optimismus revidieren -, aber dennoch glaube ich, dass dieser Versuch eine andere Qualität hat, als bisherige. (Aus: Qantara.de 20.09.2017. Das Interview führte Uta Steinwehr. © Deutsche Welle 2017)

7.3. „Ich wollte doch nur ein Zuhause haben“

Arabische Flüchtlinge fliehen 1948 während des israelischen Unabhängigkeitskrieges aus ihren Dörfern im Norden des Landes. Bild: dpa

Das Schicksal der Palästinenser, die im Unabhängigkeitskrieg ihre Häuser verlassen mussten, war in Israel lange ein Tabu. Eine Stadtplanerin versucht jetzt, das Schweigen zu brechen – mit einem ungewöhnlichen Projekt.

„Ich wollte doch nur ein Zuhause haben“, rechtfertigt die alte Frau nach sechzig Jahren ihr Handeln. „Nach allem, was wir durchgemacht hatten, wollte ich nur ein Zuhause haben.“ Als junges Mädchen hat sie mit ihrer Mutter ein leerstehendes palästinensisches Haus in dem Küstenstädtchen Jaffa bezogen, heute ein Stadtteil Tel Avivs, deren Bewohner während des Israelischen Unabhängigkeitskrieges 1948/49 geflohen waren.

Mutter und Tochter waren zuvor aus dem kriegszerstörten Rumänien in das britische Mandatsgebiet Palästina geflohen – eine lange und beschwerliche Reise. Die Hilfsorganisation „Jewish Agency“ brachte sie aus dem Flüchtlingslager nach Jaffa, dessen arabische Bevölkerung die Stadt größtenteils verlassen hatte.

Für die israelische Geographin und Stadtplanerin Tovi Fenster war dieses Gespräch mit ihrer Mutter im Herbst 2009 ein Schlüsselerlebnis. Das Schicksal der etwa 700.000 Palästinenser, die 1948 während des Krieges ihre Heimat verließen oder verlassen mussten, war in Israel lange tabu. Bis heute ist umstritten, welche Rolle die Führung des jungen jüdischen Staates beim Massenexodus der Palästinenser spielte.

Immer noch ein heikles Thema

Die Häuser der palästinensischen Flüchtlinge wurden, wie im Fall der Familie Fenster, vielerorts von jüdischen Flüchtlingen aus Europa übernommen, die Krieg und Holocaust überlebt hatten. Wer heute in Israel über das Land fährt, kann hier und dort noch vereinzelt verfallene Ruinen ehemaliger arabischer Dörfer finden; oft weist nur die Vegetation noch darauf hin, dass vor siebzig Jahren Menschen den Boden bebauten.

Blick auf die Altstadt von Jaffa, das heute zu Tel Aviv gehört : Foto: EPA_

Nach der Beichte der Mutter hat Fenster, die an der Universität von Tel Aviv lehrt und dort verschiedene Programme zu Umweltplanung und Gender Studies leitet, in den Archivunterlagen der britischen Mandatsbehörden die Angehörigen der vormaligen Hausbewohner aufgespürt. Wie sich herausstellte, war ein Teil der Familie in Jaffa geblieben. Doch die Nachkommen sträubten sich dagegen, mit israelischen Forschern über ihre Erfahrungen zu sprechen – zu heikel war ihnen das Thema auch noch zwei Generationen nach dem Krieg von 1948.

Fenster ließ sich davon nicht entmutigen. Gemeinsam mit ihren Doktoranden und Kollegen versucht sie, weitere ehemalige palästinensische Hausbewohner aufzuspüren. Sie entwarf ein Projekt, dass die jüdischen „Nachmieter“ mit ihren arabischen Vorgängern zusammenführen soll. Die Israelis der ersten Generation, die nach 1948 in palästinensische Häuser einzogen, hatten zuvor ihre Heimat in Europa, im Nahen Osten oder in Nordafrika verlassen müssen. Sie sahen sich selbst als Unterdrückte und Flüchtlinge: Der Gedanke, dass sie an der Flucht und Vertreibung der Palästinenser mitgewirkt hatten, war ihnen fremd.

Doch auch für die heutige Generation junger Israelis ist die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wichtig, erzählt Fenster. Viele ihrer Studenten hätten zunächst wenig Interesse an der Geschichte der ehemaligen palästinensischen Bevölkerung gezeigt. In ihren Seminaren versuchen die Studenten dann in Kleingruppen, frühere Bewohner Jaffas und des Jerusalemer Stadtteils Talbich zu finden.

Nachfahren freuen sich über Interesse

Manchmal ist das gar nicht so einfach, weil die Familien heute in Großbritannien oder den Vereinigten Staaten leben. Bisweilen wollen die Angehörigen auch nichts mehr vom traumatischen Erbe ihrer Eltern oder Großeltern wissen. Doch in vielen Fällen freuen sich die Nachfahren der palästinensischen Bewohner über das Interesse der jungen Israelis. Die Studenten wiederum lernen die frühere Bevölkerung ihrer Heimat kennen – und beginnen, offizielle israelische Narrative zu überdenken, in denen für Palästinenser oft wenig Platz ist.

In den letzten Jahren wächst in Teilen der israelischen Zivilgesellschaft das Bewusstsein für das Trauma, das viele Palästinenser mit der Staatsgründung Israels verbinden. Nichtregierungsorganisationen wie die 2002 gegründete Gruppe Sochrot („sich erinnern“) versuchen, ihre Landsleute auf das Schicksal der palästinensischen Bevölkerung aufmerksam zu machen. Nur durch gegenseitiges Verständnis, sagen die Aktivisten, sei Frieden zwischen Israelis und Palästinensern möglich. Auch Fenster engagiert sich – gemeinsam mit Fachkollegen gründete sie 1999 die Organisation Bimkom („vor Ort“), die sich dafür einsetzt, ohne Baugenehmigung errichtete palästinensische Häuser nachträglich zu legalisieren.

Von der Regierung und Teilen der israelischen Bevölkerung werden linke Nichtregierungsorganisationen in zunehmendem Maße kritisch beäugt. Im aufgeheizten politischen Klima der letzten Jahre gelten sie

vielen als Verrätern. Ende April ließ der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu ein Treffen mit Bundesaußenminister Sigmar Gabriel demonstrativ platzen, nachdem der sich mit Vertretern von regierungskritischen Organisationen getroffen hatte. Auch Bimkom werden von der rechten israelischen Nichtregierungsorganisation NGO Monitor Falschaussagen und eine Dämonisierung Israels vorgeworfen. Fensters Lehre ist von derlei bislang verschont geblieben. Im Gegenteil, ihr mehrjähriges Forschungsprojekt wird von der Israelischen Wissenschaftsstiftung finanziert. Ihr Ansatz, auf niedrigster, persönlicher Ebene gegenseitiges Verständnis zwischen Israelis und Palästinensern zu fördern, ist vermutlich nicht dazu geeignet, größere politische Aufmerksamkeit zu erregen. Und doch ist es ein kleiner Schritt für eine bessere Zukunft – für beide Seiten. (FAZ.NET vom 15.9.17 von Jonathan Raspe)

7.4. „Fanatiker“ schänden Stephanuskirche von Beit Jimal in Israel

Zerstörte Marienstatue mit Jesuskind (Foto: Katholisches)

(Jerusalem) Die von Salesianern betreute Stephanskirche liegt 27 Kilometer westlich von Jerusalem. Die Angreifer haben die Kirche geschändet und erheblichen Schaden angerichtet. Kirchenfenster wurden eingeworfen und Statuen zerstört.

Stephanskirche von Beit Jimal (Foto: Katholisches)

Der lateinische Patriarchalvikar für Jerusalem und Palästina, Msgr. Giacinto-Boulos Marcuzzo, spricht von einem „großen Schmerz“, den „der Fanatismus dieser Gruppen verursacht, die den Glauben des Anderen nicht akzeptieren wollen“.

Der Überfall fand am Mittwochabend statt, wie Msgr. Marcuzzo gegenüber *Asianews* bestätigte. Bei den „Fanatikern“, von denen der Weihbischof spricht, handelt es sich laut *Asianews* „mit aller Wahrscheinlichkeit um jüdische Extremisten“.

In der Nähe der Kirche befinden sich ein Kloster der Salesianer und ein Friedhof. Der Friedhof war im Dezember 2015 Schauplatz von Grabschändungen. Die Täter verbrannten die Holzkreuze auf den Gräbern.

In der Vergangenheit war es mehrfach zu Angriffen gekommen, der erste erfolgte 1981. Auch damals wurden auf dem Friedhof die Holzkreuze auf den Gräbern verbrannt. 2013 waren die Wände des Klosters mit Parolen der jüdisch-extremistischen *Price-Tag-Bewegung* besprüht und Brandbomben gezündet worden.

Angriffe jüdischer Extremisten

Aufgrund der Lage von Kirche und Kloster und der früheren Vorfälle gehen die Christen von einem Angriff jüdisch-israelischer Extremisten oder radikaler jüdischer Siedler aus den besetzten Gebieten aus. In den vergangenen Jahren hatten diese Kreise mehrere christliche Ziele im Heiligen Land angegriffen, darunter den Abendmahlssaal in Jerusalem, die Verkündigungsbasilika in Nazareth und andere Kirchen und Klöster sowohl der katholischen als auch der orthodoxen Kirche.

Tagba-Attentäter Yinon Reuveni, rechts (Foto dpa)

Im Juni 2015 war ein Brandanschlag auf die Brotvermehrungskirche in Tabga verübt worden. Mehrere junge, jüdische Extremisten konnten ausgeforscht werden und vor Gericht gestellt werden. Der 22 Jahre alte Yinon Reuveni wurde Anfang Juli für den Brandanschlag verurteilt. Die Höhe des Strafmaßes ist nicht bekannt. Er wird verdächtigt, auch für einen Anschlag auf die *Dormitio* in Jerusalem verantwortlich zu sein.

Ein zweiter Angeklagter wurde freigesprochen, gegen einen dritten, Moshe Orbach, ist das Verfahren wegen Verbreitung von Flugblättern, auf denen zu Angriffen auf christliche Kirchen aufgerufen wurde, noch anhängig. Die Gruppe *Esser Agaroth* bezeichnete sie 2015 als „politische Gefangene“.

Die dem Protomärtyrer, dem heiligen Stephanus, geweihte Kirche wurde 1930 auf den Ruinen einer byzantinischen Kirche aus dem 5. Jahrhundert errichtet.

Msgr. Giacinto-Boulos Marcuzzo wurde 1993 von Papst Johannes Paul II. zum Weihbischof des *Lateinischen Patriarchats* von Jerusalem und Patriarchalvikar für Israel ernannt. Seit Juni 2017 ist er Patriarchalvikar für Jerusalem und Palästina und Generalvikar des Lateinischen Patriarchats. Seit 1994 ist er Titularbischof von Emmaus.

7.5. Was Besatzung heißt

3.09.2017 · Die israelische Organisation Breaking the Silence dokumentiert, wie israelische Soldaten Palästinenser behandeln. Von Deutschland wird sie indirekt unterstützt, von der eigenen Regierung verachtet.

Der Schriftsteller Michael Chabon steht im palästinensischen Viertel Tel Rumeida vor einer Rolle Stacheldraht, in der sich Müll verfangen hat. Der Amerikaner ist mit dem Gründer der Veteranenorganisation Breaking the Silence in die geteilte Stadt Hebron gekommen. Eines von Chabons bekanntesten Werken handelt von der Frage, was gewesen wäre, hätte Israel den Krieg gegen die Araber nach der Staatsgründung 1948 verloren und stattdessen eine gottverlassene Inselgruppe in Alaska besiedeln müssen. Es ist geschrieben mit dem Selbstvertrauen eines Pulitzerpreisträgers. Doch Israel schlug den arabischen Überfall zurück, und Chabon steht nun in der sengenden Sonne von Tel Rumeida. Dort siedeln zehn jüdische Familien in Häusern, die seit Generationen palästinensischen Familien gehören. Die Siedler machen weit ältere Besitzrechte geltend.

Chabon trägt zum lockeren blauen Leinenhemd einen Strohhut, die graue Hose hört über den nackten Knöcheln auf, dazu schwarze Turnschuhe. „Du magst vielleicht denken, dass du weißt, was hier in den besetzten Gebieten los ist“, sagt er. „Aber du tust es nicht – nicht, bis du es nicht mit eigenen Augen gesehen hast.“ Er geht an einem vom israelischen Militär verschweißten Metalltor einer Garage vorbei. Es ist der Laden eines Palästinensers, der ihn nicht mehr betreten darf. Aus Sicherheitsgründen, um die Siedler zu schützen. „Vergast die Araber“, ist auf das Tor gesprüht. Chabon macht ein Foto. „Wir wollen den Leuten, die nicht herkommen können, zeigen, wie es hier wirklich ist.“

Chabon und Yehuda Shaul sind in Hebron, um den Palästinensern dort einen Essayband vorzustellen. Darin haben Chabon selbst und andere Schriftsteller aufgeschrieben, was sie hier, im Westjordanland, gesehen haben. Shaul, der Gründer von Breaking the Silence, diente selbst als Kampfsoldat in Hebron. Jetzt fordert er, die Besatzung umgehend zu beenden. Chabon und seine Frau, die amerikanisch-israelische Schriftstellerin Ayelet Waldman, haben auch Shauls Sache ein Buch gewidmet.

Graffiti „Gas the arabs“ („Vergast die Araber“), Foto: Jochen Stahnke

An der Hauptstraße im Zentrum von Hebron hält sich kein Palästinenser auf, dafür stehen immer wieder Grüppchen von jugendlichen israelischen Soldaten herum. Sie hatten Pech; kaum ein Schulabgänger will seinen Wehrdienst in Hebron leisten. Die Soldaten kennen Yehuda Shaul. Einer streckt die Hand aus und schlägt locker in Shauls ein. Andere drehen sich weg.

Plötzlich stehen Siedlerjungs auf der Straße, die Palästinenser nicht betreten dürfen. Sie wickeln sich T-Shirts ums Gesicht, rufen Shaul zu, dass er der Sohn einer dreckigen Hure sei, und werfen Wasserbomben. „Du bist Abfall“, rufen sie. Shaul reagiert nicht. Chabon deutet eine Verbeugung an und ruft dem Mob „danke, danke, mir war gerade so heiß“ entgegen. Die Soldaten wedeln die Jugendlichen mit trägen Armbewegungen weg. Dann erklären sie die Straße zu „militärischem Sperrgebiet“. Shaul, Chabon und ihre Begleiter müssen einen Umweg zum Haus der Palästinenser nehmen, die sie besuchen wollen. Die Siedlerjungen dürfen auf der Straße bleiben.

Chabon sagt: „Als Jude weiß ich hier manchmal nicht mehr, was ich sagen soll – es ist, als würde mein Hirn zumachen, wenn ich sehe, wie hier Araber in die Gaskammern gewünscht werden.“ Die einzige Erklärung, die er für solches Verhalten habe, sei, dass eine Besatzung nicht nur den Besetzten betreffe, sondern auch etwas mit dem Besatzer mache. „So schlimm es für die Palästinenser ist, so schlimm ist die Situation auch für die israelische Gesellschaft.“ Er ist aufgebracht, doch kultiviert genug, um sich nicht gehenzulassen. Er wohnt in Berkeley, praktiziert den jüdischen Glauben eher locker und trifft sich

in Kalifornien regelmäßig mit linksliberalen Politikern. Die Mehrheit der amerikanischen Juden, sagt er, könne mit der israelischen Regierung nichts mehr anfangen.

Hebron ist die größte Stadt im Westjordanland. Auf achtzig Prozent der Fläche leben 160.000 Palästinenser unter Herrschaft der Autonomiebehörde. Im anderen Teil, zu dem auch der historische Stadtkern gehört, leben 40.000 Palästinenser und 800 Siedler auf rund zwanzig Prozent der Fläche unter alleiniger Hoheit des israelischen Militärs. Dort befinden sich auch das Grab Abrahams und die Ibrahimi-Moschee. Es ist neben dem Tempelberg in Jerusalem, wo es immer wieder zu Ausschreitungen kommt, die heiligste und am meisten umkämpfte Stätte der Juden und Muslime im besetzten Gebiet: Abraham gilt als Stammvater der drei großen Weltreligionen. Vor einigen Wochen besetzten hundert Siedler unter den Augen des Militärs ein weiteres Gebäude direkt neben der Ibrahimi-Moschee.

Westjordanland, Hebron Karte: dpa/F.A.Z.

Dass auf der anderen Seite von Hebron gerade ein palästinensischer Bürgermeister gewählt worden ist, der 1980 zusammen mit anderen Terroristen insgesamt sechs Israelis in einem Hinterhalt in Hebron getötet hat und dafür Jahre in israelischer Haft saß, findet keine Erwähnung in Chabons Buch. Von palästinensischer Seite werden örtliche Autoren bedroht und Bücher verboten. „Der Konflikt ist verwirrend, und es gibt verschiedene Seiten, das ist berechtigt – aber wenn du die Besatzung siehst, gibt es keinen Zweifel daran, wie falsch sie ist“, sagt Chabon. Seine Frau, die in Jerusalem geboren ist, sagt: „Die derzeitige israelische Regierung braucht keinen Verstärker, sie bekommt jedes Jahr Milliarden an Unterstützung meiner Regierung.“

In einer Geschichte beschreibt Ayelet Waldman den Palästinenser Issa Amro und sein Haus, das am Hügel über einem Armee-Checkpoint steht. Ihn wollen sie jetzt auch besuchen. Amro predigt den gewaltlosen Protest und versammelt Jugendliche, um sie zu passivem Widerstand zu ermutigen. „Gib der Armee keinen Grund, dich zu erschießen“, sagt er ihnen. Manchmal erklärt die Armee Amros Haus zu „militärischem Sperrgebiet“, dann darf nur Amro drinbleiben, und die Gäste müssen gehen. Auf dem Hügel direkt neben Amros Haus wiederum wohnt der Siedler Baruch Marzel, der dazu aufgerufen hat, nicht nur palästinensische Terroristen, sondern auch „linke“ israelische Juden gezielt zu töten. Immer wieder greift Marzel Palästinenser tötlich an. Dafür musste er sich vor israelischen Zivilgerichten verantworten. Auch Issa Amro ist für seinen passiven Widerstand und während Demonstrationen oft verhaftet worden. Er muss sich im Gegensatz zu Marzel vor Militärgerichten verantworten, denn für Palästinenser gilt hier, auf dem gleichen Stück Boden, israelisches Militärrecht.

Für Chabon und Waldman sind es neue Leute, neue Geschichten, neue Empörungen: Issa Amro, Baruch Marzel, Yehuda Shaul. In Israel sind die Namen längst Symbole. Sie prägen seit Jahren eine Debatte, von der viele Israelis nichts mehr hören wollen. Kaum ein Israeli war je in Hebron, am einzigen Ort im Westjordanland, an dem Siedler mitten in einer palästinensischen Stadt leben. Shaul sagt, Hebron sei ein „Labor“, in dem konzentriert zu sehen ist, was überall im Westjordanland los ist. Waldman vergleicht Issa Amro mit Gandhi.

Shaul und die Schriftsteller erreichen das Haus von Issa Amro. Israelische Soldaten haben sich an den Zaun gestellt, einer filmt das Geschehen mit seinem Mobiltelefon, es ist ein Wehrdienstleistender aus England. Amro kennt ihn. „Linksradikale Unterstützer der arabischen Extremisten“, berichtet der Soldat in sein Telefon. Es dämmt, Amro stellt Tische in den Vorgarten. Zum Fastenbrechen sind ein paar Vertreter europäischer Botschaften gekommen. Auch deutsche Diplomaten sind darunter.

Gabriel bei einem Treffen mit dem israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin in Jerusalem im April 2017. Der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu sagte das Treffen mit Gabriel ab, nachdem Gabriel an einer Gesprächsrunde mit Breaking-the-Silence-Mitgliedern teilgenommen hatte. Bild: EPA Die Bundesregierung unterstützt Breaking the Silence indirekt über die Finanzierung der Organisationen Misereor und Medico International. Die wiederum haben Shaul und seinen Leuten im vergangenen Jahr 165.000 und 20.000 Euro überwiesen. Es gibt aber auch direkte Unterstützung der Bundesregierung: Im April besuchte Außenminister Sigmar Gabriel Israel, und ein Programmpunkt war eine nichtöffentliche Gesprächsrunde „mit der Zivilgesellschaft“, zu der auch Yehuda Shaul eingeladen war. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erfuhr davon. Nachdem Gabriel gelandet war, ließ Netanjahu über den israelischen Sender Kanal Zwei mitteilen, dass er sich mit Gabriel nicht treffe, sollte der auch Vertreter „radikaler Randgruppen“ sehen. Gabriel traf Shaul, und Netanjahu sprach nicht mit Gabriel.

Der frühere israelische Geheimdienstchef Ami Ayalon zeigte sich anschließend fassungslos über das Verhalten Netanjahus: „Breaking the Silence ist der Spiegel, der uns zeigt, was uns auch die Welt sagt“, sagte er im Radio. „Deswegen möchten wir diesen Spiegel zerbrechen oder ihn zumindest nicht anschauen.“ Der kürzlich ausgeschiedene Chef des Auslandsgeheimdienstes Mossad, Tamir Pardo, hält die Besatzung für die einzige existentielle Bedrohung, der Israel heute gegenübersteht. Auch eine Handvoll weiterer früherer Geheimdienstchefs äußert sich ähnlich.

„Haaretz“ publizierte auf der Titelseite einen Brief an Angela Merkel und Sigmar Gabriel, der von einer Gruppe einflussreicher israelischer Wissenschaftler, Künstler, Politiker und Diplomaten als Reaktion auf Gabriels Treffen mit Menschenrechtsorganisationen (u.a. Breaking the Silence) unterzeichnet wurde.

Bild: EPA

Shaul zeigt einen Facebook-Kommentar, den ein Wehrdienstleistender gerade eben auf Shauls Seite geschrieben hat: „Jeden Tag, wenn ich meine Uniform anziehe, träume ich davon, einen Aktivist von Breaking the Silence zu treffen und ihm eine Kugel zwischen die Augen zu drücken.“ Alltag für Shaul. Er hat viele Freunde in Israel, nicht nur unter der Elite in Militär und Geheimdienst. Tausende Einzelspender gibt es allein in Israel – aber seine Gruppe hat in Israel noch mehr Gegner.

Die härtesten sitzen in der Regierung. Bildungsminister Naftali Bennett hat ein Gesetz auf den Weg gebracht, das Breaking the Silence verbietet, in Schulen zu sprechen. Im vergangenen Jahr verabschiedete Netanjahus Kabinett mit knapper Mehrheit ein weiteres Gesetz, das eine öffentliche Meldepflicht der Finanzen von Organisationen vorsieht, die den größeren Teil ihres Geldes von Staaten oder Organisationen aus dem Ausland erhalten. Breaking the Silence erhält etwas mehr als die Hälfte seines Geldes aus dem Ausland. Von Netanjahus Gesetz sind vor allem regierungskritische Nichtregierungsorganisationen betroffen, denn rechte Organisationen in Israel finanzieren sich überwiegend aus privaten Spenden, für die das Gesetz keine Nachweispflicht vorsieht; die meisten kommen aus Amerika.

Im Juni ließ Netanjahu noch ein weiteres Gesetz ausarbeiten, das eine Finanzierung israelischer Nichtregierungsorganisationen durch direktes oder indirektes Geld ausländischer Regierungen gleich ganz verbietet. Daraufhin sagte der deutsche Außenamtssprecher Martin Schäfer anlässlich eines ähnlichen Gesetzes, das gerade in Ungarn verabschiedet wurde: „Ungarn reiht sich damit in eine ganze Reihe von Staaten wie Russland, China, Israel ein, für die die Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen, von zivilgesellschaftlicher Arbeit durch Geber aus dem Ausland offensichtlich als ein feindlicher, jedenfalls als ein unfreundlicher Akt empfunden wird.“ Die israelische Botschaft in Berlin soll heftig protestiert haben.

Breaking the Silence will in Ausstellungen und Führungen den Israelis und dem Ausland zeigen, was die Militärbesatzung im Westjordanland ist. Außerdem sammelt die Gruppe anonymisierte Aussagen von Soldaten, die von ihrer Militärzeit berichten. Bevor diese Aussagen abgedruckt werden, legt die Organisation sie dem Militärzensor vor, um nicht den Verrat von Militärgeheimnissen zu begehen. Seit ihrer Gründung hat sie mehr als tausend Aussagen gesammelt. Doch in einer durchmilitarisierten Gesellschaft wie in Israel hat das kein ganz großes Gewicht. Ein großer Teil der Israelis will von Breaking the Silence nichts wissen.

Israelische Soldaten patrouillieren am 28.8.17 in Hebron. Foto: dpa

2 Männer stehen auf den Trümmern eines zerstörten Hauses in Deir Abu Mashal. Israelische Soldaten haben in dem Ort 4 Häuser zerstört, die den Familien mutmaßlicher Attentäter gehörten. Foto: dpa

Shaul hält dagegen: „Wie viele Leute sind damals in Amerika gegen die Rassentrennung aktiv geworden – eine Minderheit. Ich gehe nicht danach, was die Mehrheit will, sondern was Recht und Werte sind.“ In der Anfangszeit hatten er und seine Leute noch eine Ausstellung in der Knesset. „Doch seit ungefähr 2009, seit wir kritische Soldatenaussagen aus dem Gazakrieg veröffentlicht haben und seit Netanjahu an der Macht ist, fährt die Regierung ihre Hetzkampagne gegen uns.“ Netanjahu behauptet regelmäßig, Breaking the Silence gehe es darum, Soldaten zu kriminalisieren. Es handele sich um eine antiisraelische

„linksradikale Randgruppe“, die den „Interessen von Israels Feinden diene“. Solche Worte haben Wirkung. Anfang September wurde ein Ultraorthodoxer festgenommen, der einen Brandanschlag auf das Büro von Breaking the Silence geplant hatte. Ermittler fanden in dessen Wohnung Benzinkanister sowie detaillierte Informationen über 42 Aktivisten der Gruppe. Shaul sagt: „Es geht uns nicht darum, Soldaten vor Gericht zu bringen, sondern den Alltag und die Mechanismen der Besatzung zu zeigen.“ Einer seiner Kameraden steht gerade selbst vor Gericht: Dean Issacharoff, der Sohn des neuen israelischen Botschafters in Deutschland. Der Sohn hatte davon berichtet, wie er in Hebron als Soldat auf Befehl seines Vorgesetzten einen unbewaffneten Palästinenser ohne Grund bewusstlos geprügelt hatte, der an einer Demonstration teilgenommen hatte. Als Soldat habe es keine anderen Möglichkeiten gegeben, polizeilich gegen palästinensische Zivilisten vorzugehen, sagte Issacharoff. Justizministerin Ayelet Shaked von der Siedlerpartei „Jüdisches Heim“ forderte den israelischen Generalstaatsanwalt daraufhin auf, den Fall zu untersuchen – auch wenn ihr Amt ihr das rechtlich nicht zugesteht. „Wenn das tatsächlich passiert ist, verdient er eine Bestrafung“, sagte Shaked. „Wenn es nicht passiert ist, dann soll der Staat offiziell sagen, dass es nicht passiert ist.“

Eine Siedlerorganisation hat Leute bezahlt, die Breaking the Silence unterwanderten, um falsche Zeugenaussagen zu machen. Sie wurden entdeckt. Eine andere Organisation, die Gruppe „Reservisten im Dienst“, führte jetzt zwei junge Veteranen vor, die zu Issacharoffs Dienstzeit ebenfalls in Hebron dienten. „Du bist ein Lügner, woher hast du diesen Kram“, rufen sie in die Kamera. Allerdings gehörten die Rufer nach Angaben von Breaking the Silence nicht zur selben Kompanie wie Issacharoff, waren zum Tatzeitpunkt nicht dabei. Einer der Gründer von „Reservisten im Dienst“ gehörte zum Beirat der Gruppe „Im Tirtzu“, deren Beschreibung als „faschistische Bewegung in den Kinderschuhen“ ein Jerusalemer Gericht zugelassen hat.

Die scheidende Vorsitzende von Breaking the Silence ist die Tochter der Leiterin der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem. Es sind die Kinder der westlich orientierten europäischstämmigen Eliten, die Breaking the Silence prägen. Auch die werden von der Regierung angegriffen. Kulturministerin Miri Regev verlangte, dass „die aschkenasische (europäische) Hegemonie“ zugunsten der wachsenden Zahl orientalischstämmiger Juden beendet werden müsse. Wenn Veranstaltungszentren Breaking the Silence auftreten lassen, streicht Regev ihnen die Kulturförderung. Sie spricht von einer „antiisraelischen Propagandaorganisation, die Lügen über Israel und die Armee verbreitet“. Justizministerin Shaked will, dass sich das israelische Recht von europäischem Einfluss löst und verstärkt auf einen „jüdischen Charakter“ gründet.

Breaking the Silence ist also Teil eines größeren Kulturkampfes. Er findet innerhalb von Israel statt, die Palästinenser stehen an der Seite. Shaul sagt, die Bereitschaft zur anonymen Aussage sei unter den jungen Soldaten nicht geringer geworden. Und die Spenden seien so hoch wie noch nie. Auch die andere Seite rüstet auf. Ein Berater des israelischen Außenministeriums gründete einen „NGO Monitor“, dessen Kritik an Breaking the Silence sich oft wörtlich mit dem deckt, was die israelische Regierung verbreitet. Der „NGO Monitor“ findet seinen Weg bis in die „Bild“-Zeitung, die schrieb: „„Breaking the Silence“ weist nicht nur auf Menschenrechtsverletzungen hin, sondern hetzt – auch im Ausland – gegen Israel.“

Ayelet Waldman und Michael Chabon sagen, Autoren hätten Schlange gestanden, um an ihrem Essayband mitzuarbeiten. Auch Mario Vargas Llosa, Dave Eggers und die Österreicherin Eva Menasse haben dafür das Westjordanland besucht. Nur unter deutschen Schriftstellern gab es Zurückhaltung, sagt Waldman: „Ich glaube, die sind alle etwas eingeschüchtert, aber vielleicht war es auch Zufall.“ (Aus: FAZ vom 13.09.2017)

7.6. Der Siedlungsbau gefährdet Israel

Eine israelische Studie bezeichnet die Siedlungspolitik als Sicherheitsrisiko für das Kernland. Der Schutz der Siedler bindet das Militär, ihre Anwesenheit verhindert eine friedliche Lösung des Konflikts.

Molad, eine israelische Organisation links der Mitte, hat dieser Tage eine Studie vorgelegt, die vor allem im rechten Lager verbreitete Ansichten über die Siedlungen im Westjordanland umkrempeln soll. Auf Basis von Interviews mit Militärexperten kommt sie zum Fazit, dass diese Kolonien auf besetztem Gebiet sicherheitspolitisch eine Belastung für Israel sind. Wer glaube, sie seien eine Art „kugelsichere Weste“ für das Kernland, sitze einem Mythos auf.

Kolonien sicherheitspolitisch eine Belastung für Israel

Zumal die Hälfte der Streitkräfte inzwischen in der Westbank stationiert ist, um die Siedlungen zu schützen – Potenzial, das bei der Terrorbekämpfung im Zweifelsfall fehle. Auch verlängerten Siedlungen inmitten eines feindlich gesinnten palästinensischen Umfelds die Grenzlinien, die von israelischen Truppen verteidigt werden müssten, mindestens um das Fünffache. Zu alledem komme die reale Bedrohung Israels aus dem Iran. „Raketen sind die eigentliche Gefahr“, so Molad-Sprecher Avner Inbar, und nicht ein Einmarsch von Osten her, aus Richtung Jordanien. „Aber selbst wenn, wären die Siedlungen eher ein Störfaktor.“

An diesen Argumenten ist einiges dran. Das erhoffte Aha-Erlebnis blieb allerdings aus. Jenen Israelis, die den Siedlungsbau schon immer falsch fanden, hat das Molad-Papier ein paar zusätzliche Gründe geliefert. Die Siedler-Ideologen wenden hingegen ein, das Institut haben die befragten Experten nach eigenem Gusto herausgepickt. Im israelischen Sicherheitsapparat gebe es genügend gewichtige Stimmen, die nicht gehört wurden, aber gegenteiliger Meinung seien. Nach hitzigem Diskurs in den Medien hat für die israelische Mehrheit eh wieder anderes Vorrang auf der Tagesordnung.

Fazit: Israel soll Siedlungen räumen

Die Schlussfolgerung, die Molad aus seinen Thesen zieht, ist ohnehin problematisch. Demnach soll Israel die Siedlungen räumen, aber die Armee im Westjordanland belassen. An der Militärbesatzung, einem Kernpunkt des israelisch-palästinensischen Konflikts, würde sich im Grundsatz wenig ändern. Generell stimme er zwar der Molad-Studie zu, bekannte Ami Ayalon, ehemals Chef des israelischen Inlandsgeheimdienstes Schin Beth, auf einer Veranstaltung der Böll-Stiftung in Jerusalem. Aber in der ganzen Debatte dürfe man nicht vergessen: „Wir wollen Sicherheit, die Palästinenser einen eigenen Staat.“ Je mehr sich ihr Traum als utopisch erweise, umso prekärer werde die Lage im Westjordanland: „Hoffnung ist das, was Sicherheit verleiht.“ Dieser Satz von Ayalon lässt sich auch als Warnung verstehen.

Denn eine Zwei-Staaten-Lösung – hier Israel, dort Palästina, die friedlich koexistieren – wird angesichts der politischen Verhältnisse immer unrealistischer. Eine halbe Million Siedler leben heute in Ost-Jerusalem und der Westbank, teils in zweiter und dritter Generation. Kaum einer kann sich vorstellen, dass sie noch zum Wegzug zu bewegen sind. Im Gegenteil. Ihre Lobbyisten sitzen in der Regierung Benjamin Netanjahu und liebäugeln mit einer Annexion der palästinensischen Gebiete.

Lobbyisten der Siedler sitzen in der Regierung

Gerade erst hat Bezalel Smotrich, ein Ultrarechter aus der Koalitionsfraktion „Jüdisches Heim“, einen sogenannten „Entscheidungsplan“ präsentiert, der als „wahre Alternative“ zur Teilung des Landes zwischen beiden Völkern ausgegeben wird. Die Palästinenser werden darin vor die Wahl gestellt, entweder ihre nationalen Ansprüche aufzugeben oder zu emigrieren. Wer sich dem jüdischen Staat unterordne, dürfe bleiben, verkündet Smotrich. Eine gewisse Selbstverwaltung gestehe er den Westbank-Palästinensern auch zu, aber nicht das Recht, sich an israelischen Knesset-Wahlen zu beteiligen. Alle anderen, die sich dagegen auflehnten, müssten damit rechnen, aus dem Land gejagt zu werden. Damit propagiert Smotrich einen verkappten Transfer.

Selbst sein Parteichef, Erziehungsminister Naftali Bennett, zieht da nicht ganz mit. Bennett ist zwar für die Annexion der Siedlungen, aber verkneift sich Plädoyers für einen Bevölkerungstransfer, der eine flagrante Verletzung internationalen Rechts wäre. Premier Netanjahu wiederum sagt gar nicht erst, worauf er hinauswill. Nur, dass mit ihm keine Siedlung geräumt werde, bekräftigt er. So wie US-Präsident Donald Trump vermeidet er seit geraumer Zeit jedes Wort zu einer Zwei-Staaten-Lösung. Kurzum, der von Trump beschworene große Friedensdeal verkommt zur Schimäre. Nie schien die Aussicht auf Frieden in Nahost so gering wie jetzt. „Wenn keiner sagt, wo es langgeht, irren wir herum wie in einer Wüste ohne Karte“, hat Mohammed Shtayyeh, ein Berater des palästinensischen Präsidenten, die Lage auf den Punkt gebracht. Vorgeblich kreative Auswege sind insofern nicht mehr als

eine Fata Morgana und die von der Weltgemeinschaft beteuerte Zwei-Staaten-Vision eine immer hilfloser wirkende Beschwörungsformel. (Aus: FR.de vom 15.09.2017, von Inge Günther).

7.7. Sara Netanyahu droht Prozess wegen Veruntreuung

Die Frau von Ministerpräsident Netanyahu steht im Fokus der israelischen Justiz: Sie soll öffentliche Gelder für private Zwecke verwendet haben - und musste sich sogar einem Lügendetektortest unterziehen.

Sara Netanyahu (Foto: AFP)

Die israelischen Behörden bereiten einen Prozess gegen Sara Netanyahu vor: Die Ehefrau von Ministerpräsident [Benjamin Netanyahu](#) wird verdächtigt, öffentliche Gelder veruntreut zu haben. Allerdings gibt es noch die Möglichkeit, über ihre Anwälte den Prozess zu verhindern, hieß es in der Mitteilung des Ministeriums weiter.

Ermittler des Betrugsdezernats verdächtigen die Frau des [israelischen](#) Regierungschefs, das Geld für die private Haushaltsführung abgezweigt zu haben. Weitere Details dazu sind nicht bekannt.

Vor kurzem hatte sich Sara Netanyahu einem Lügendetektortest unterzogen, um den Verdacht aus der Welt zu schaffen. Ergebnisse wurden nicht mitgeteilt.

Auch gegen den Ministerpräsidenten [selbst sind Verfahren anhängig](#). Netanyahu steht unter dem Verdacht, von Geschäftsleuten illegal Geschenke angenommen zu haben. Außerdem soll er versucht haben, unrechtmäßig Einfluss auf die Medienberichterstattung in Israel zu nehmen.

Israels Premier hat alle Vorwürfe vehement zurückgewiesen. (Aus: Spiegel online, 08.09.2017)

7.8. Wehrpflicht in Israel - Mit Schläfenlocke und Gewehr

In Israel müssen alle zum Wehrdienst. Ausgenommen sind streng religiöse Juden, die an Talmud-Schulen studieren. Die Ausnahmen waren aufgehoben, dann wieder eingeführt worden. Jetzt sagt das Oberste Gericht, es sei verfassungswidrig, Ultraorthodoxe vom Wehrdienst zu befreien.

Kein Schlupfloch mehr für Ultraorthodoxe? (Foto: David Vaaknin)

Der Aufschrei ließ nicht lange auf sich warten. Keine Stunde nachdem Israels Oberster Gerichtshof seine Entscheidung zur Wehrpflicht für streng religiöse Juden bekannt gegeben hatte, empörten sich bereits die ersten ihrer politischen Interessenvertreter. Israel Eichler sitzt für die ultraorthodoxe Partei Vereinigtes Thorajudentum in Israels Parlament, der Knesset. Im Fernsehinterview mit dem Sender Kanal 2 machte Eichler seiner Wut über das Urteil Luft:

„Wieder einmal beweist das Oberste Gericht, dass es die Macht mit Gewalt an sich reißt. Wir müssen jetzt alles tun, um den Staat zu retten und die Macht, die das Gericht mit Gewalt und auf gesetzeswidrige Art an sich gezogen hat, wieder zurückzuholen.“

„Das Oberste Gericht ist dem Volk fremd“

Was war passiert? Die Richter hatten entschieden, dass eine gesetzliche Ausnahmeregelung, die Schüler von ultraorthodoxen Religionsschulen von der Wehrpflicht befreit, verfassungswidrig ist. Die Regelung verstößt aus Sicht des Gerichtes gegen den Gleichheitsgrundsatz. Die beiden ultraorthodoxen Parteien in der israelischen Regierungskoalition hatten das gesetzliche Schlupfloch vor rund zwei Jahren geschaffen und so jungen streng gläubigen Juden eine Möglichkeit geboten, um den Wehrdienst herumzukommen, der für Männer in Israel drei Jahre dauert.

Das Gericht hat der Regierung nun ein Jahr Zeit für eine Neuregelung gegeben. Aus Sicht von ultraorthodoxen Politikern soll die so aussehen, dass man die Ausnahmeregelung nicht für immer abschafft, sondern künftig so absichert, dass sie nicht mehr von Gerichten aufgehoben werden kann. Israels Innenminister Aryeh Deri ist Vorsitzender der streng religiösen Schas-Partei. Auch er übte im Fernsehinterview heftige Kritik an der Entscheidung des Gerichtes.

„Bei allem Respekt, den ich dem Obersten Gericht entgegenbringe, finde ich es doch sehr bedauerlich zu sehen, dass es von unserer Tradition und unserem jüdischen Erbe völlig abgeschottet ist. Es ist dem Volk fremd. Söhne der Thora, verzweifelt nicht, fahrt fort mit eurem Studium und wir werden alles tun, um diese Situation wieder richtigzustellen.“

„Jeder im Staat muss seinen Teil leisten“

Aus Sicht einer Mehrheit der Israelis war es aber der Oberste Gerichtshof, der mit seinem Urteil eine Situation wieder richtiggestellt hat. Die Armee und der Wehrdienst haben in der israelischen Gesellschaft einen hohen Stellenwert und für die meisten im Land ist klar, dass der Dienst an der Waffe für alle verpflichtend sein sollte - also auch für die Strenggläubigen im Land. Die Organisation für die Gleichheit beim Militärdienst war es, die den Fall vor das Oberste Gericht brachte. Sie wurde dort vertreten durch den Anwalt Itay Ben Horin.

„Das Oberste Gericht hat diesem fragwürdigen Gesetz nun eine Absage erteilt und entschieden, dass, nach 25 Jahren unseres Kampfes, die Zeit für Gleichberechtigung gekommen ist. Den Aufschiebungen und Ausreden wird jetzt ein Ende gesetzt. Jeder im Staat muss dienen und seinen Teil leisten.“

Der Streit um die Wehrpflicht für Ultraorthodoxe spaltet Israel seit vielen Jahren. Jahrzehntlang waren die Strenggläubigen vom Dienst an der Waffe ausgenommen. Dann wurde die Wehrpflicht auch für sie eingeführt - bis ihre Parteien die Ausnahmeregelung durchsetzten, die nun aufgehoben werden muss. Die beiden ultraorthodoxen Parteien wollen weiter für eine Befreiung ihrer Klientel kämpfen und drohten sogar mit einem Koalitionsbruch. Dass sie diese Drohung wahr machen, darf aber bezweifelt werden, denn sie können an Neuwahlen gegenwärtig kein Interesse haben.

Möglicherweise hat der Streit für die ultraorthodoxen Juden im Land auch nicht mehr die Bedeutung wie noch vor einigen Jahren, denn viele von ihnen haben offenbar gar kein Problem mehr mit dem Wehrdienst. Obwohl sie von der Ausnahmeregelung hätten Gebrauch machen können, haben in den letzten Jahren immer mehr Strenggläubige den Wehrdienst absolviert. Die israelische Armee gründet deshalb immer neue Einheiten - ausschließlich für Ultraorthodoxe. (Aus: Deutschlandfunk, 20.9.17. Tim Aßmann)

Trotz vieler Hiobsbotschaften aus Israel-Palästina ist diese Region offensichtlich für viele immer noch ein faszinierendes Reiseziel.

Bis zum nächsten Newsletter und zur nächsten Fahrt, denn nach der Fahrt ist bei uns immer vor der Fahrt!

Bleibt uns treu – Wir zählen auf euch!

Euer Gregor (Schröder)